

Es war einmal: ein Bürgermeister

Würselen verspermt Asylbewerbern Tore

Schulz: „Versorgungsmöglichkeiten erschöpft“

Von ELKE GRAF

Würselen. – Eine Kommune kündigt den zivilen Ungehorsam an. Bürgermeister Martin Schulz meldet „Land unter“ in der Versorgung Asylsuchender. Die Leistungsfähigkeiten erscheinen in der drittgrößten Stadt des Nordkreises erschöpft. Bis auf weiteres will die Stadt keine Asylbegehrenden mehr aufnehmen.

Die Großparteien der Düvelstadt empfehlen unisono der Verwaltung eine restriktive Handlungsmöglichkeit, die eine weitere Zuwanderung drastisch beschneiden wird. Ohne den „zivilen Ungehorsam“ zeichne sich keine Möglichkeit mehr ab, dem wachsenden Flüchtlingsstrom Herr zu werden. Organisatorische, personelle und finanzielle Reserven seien verbraucht.

Die Statistik verrät: Mitte Dezember '88 zählte Würselen 165 Asylsuchende; zehn Monate später hatte sich die Quote bereits auf 222 hochgeschraubt. Während am 30. Oktober '90 exakt 398 Flüchtlinge gemeldet waren, gipfeln die Zahlen inzwischen über der 600er Marke. Das Dilemma zwischen „Humanität und dem Ende der Leistungskraft“ kristallisiert sich in den Verwaltungsmauern. Laut Gesetzestext muß die Kommune die zugewiesenen Anwärter unterbringen und finanziell unterstützen; seit Jahresbeginn müht sich Würselen's Fachamt um Wohnraum für 150 Asylbewerber.

Belastung des Etats

In Privatunterkünften leben zur Zeit 295 Asylsuchende, für 77 mietet die Stadt Hotelzimmer an, städtische Übergangsheime und Notunterkünfte nehmen 230 Personen auf. Weitere Herbergen im traditionellen Bereich sind ausgeschlossen, Container stehen ebensowenig zur Verfügung. Sechs Übergangsheime hat Würselen in den vergangenen zwölf Monaten erworben oder angemietet – arge Belastung des Etats.

„Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“, erkennt Bürgermeister Martin Schulz. Der Sozialdemokrat, der nach wie vor humanitäre Aspekte sowie eine Berechtigung des Asylrechts an die Spitze seiner Überlegungen stellt, sieht inzwischen keinen anderen Weg, als sich zu verweigern. „Wir sind nicht in der Lage, auch nur einen weiteren Bewerber aufzunehmen.“

Das nordrhein-westfälische Verfahren, das den Kommunen Einreisende zuweist, funktioniert über einen Landeschlüssel, der akzeptiert wird. Die Crux bilden die Direktmeldungen. Dort beißt sich die Katze in den

Schwanz: Der Asylbewerber sucht das Rathaus in Würselen auf (eine Stadt, in der viele seiner Landsleute leben) das ihn an den Kreis verweist. Die Ausländerbehörde des Kreises schiebt den Antragsteller jedoch an die Stadt zurück, in der er sich unmittelbar nach der Einreise gemeldet hat. Das Bleibe-recht erhält seit geraumer Zeit keiner der Würselen zugesprochenen Bewerber. Nigerianer, die das Gros der Vorsprechenden stellen, haben die geringsten Chancen, akzeptiert zu werden.

Mißbrauch des Grundrechts auf Asyl lasse sich beweisen. „Wenn wir so etwas schleifen lassen, öffnen wir Schlepperorganisationen Tür und Tor“, befürchtet Schulz. Einer Aushöhlung des begründeten Rechts will er jedoch einen Riegel vorschleichen. Nicht zuletzt um jene Menschen, die wegen tatsächlicher Verfolgung Schutz suchen, nicht zu gefährden.

„Verteilung“ reformieren

Der Wanderungsstrom ließe sich indes eindämmen, ohne das Asylrecht im Grundgesetz zu reformieren. Zauberwort sei eine Änderung der Außenpolitik. Schulz: „Gerade in Afrika erscheint die Bundesrepublik als das Gelobte Land. Die Konsequenzen einer solchen Falschdarstellung des sozialen Bildes haben die Kommunen auszubaden.“

Unabhängigbar erscheint dem Kommunalpolitiker eine Reform des Verteilungssystems auf Kreisebene. Doch Änderung verlange auch der Landeschlüssel, ebenso wie das Asylverfahren selbst beschleunigt werden müsse; letztendlich sei an einer Quotierung kaum vorbeizukommen. Der Kreis Aachen solle und wolle sich mit einem „Warenbezugssystem“ zumindest ein wenig aus der Bedrouille helfen. Etwa ein Drittel des Sozialhilfe-Regelsatzes werde demnach bar ausgezahlt, rund 48 Prozent als Warengutscheine, 18 Prozent wird anteilig zur Wohnkostendeckung einbehalten.

Allein gelassen . . .

Von Land und Bund fühlen sich die Würselener kläglich allein gelassen. Düsseldorf sei überfordert, Bonn ignoriere das Thema. Die Kreistagsfraktion der Sozialdemokraten signalisierte jedoch Verständnis für die prekäre Situation und versprach der Düvelstadt Hilfe: sie soll zunächst keine weiteren Bewerber beherbergen müssen. Thema der Sozialausschußsitzung vom gestrigen Mittwoch – ein neues Umlageverfahren für die Kreiskommunen.

Aachener Nachrichten, 21.3.1991

GEGEN DAS VERGESSEN